Nr. 576
B 285

Abend-Ausgabe

Berlin

Montag, 6. Dezember 1926
V

Vossische Zeitung

Gegründet 1704

10 Pfennig

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag Ullstein Chefredakteur: Georg Bernhard Verantw. Redakteur (im Ausn d Handelsteils): Carl Misch, Berlin Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 3600—3689, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3693. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Beginn der Genfer Aussprache

Ein arbeitsreicher Sonntag / Die Investigationsfrage wird auf den Schluß der Tagung verschoben / Erst sollen die Botschafter sprechen / Frankreichs Angst vor der Pause

jb **Genf**, 6. Dezember

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

Unmittelbar am Sonntag begannen in Genf die Ministerbesprechungen, nachdem die Außenminister Englands, Frankreichs, Belgiens und Polens vormittags aus Paris eingetroffen waren. Die wichtigsten Besuche, die im Laufe des Tages stattfanden, waren der fast einstundenstündige Besuch, den der deutsche Außenminister Dr. Stresemann nachmittags bei Briand machte, und die Unterredung, die Dr. Stresemann abends nach 6 Uhr mit dem englischen Außenminister Chamberlain hatte, die bis gegen 8/8 Uhr andauerte. In Anbetracht der Rolle, die der belgische Außenminister Vandervelde schon bei den Locarnoverhandlungen spielte, kommt auch der Besprechung größere Bedeutung zu, die Vandervelde vormittags während mehr als einer Stunde mit Chamberlain hatte, und dem Besuch, den nachher der deutsche Staatssekretär v. Schubert dem belgischen Außenminister machte.

Die Entscheidung über die formale Frage, ob und inwieweit in Genf im Laufe dieser Ratstagung die Aufhebung der Militärkontrolle und der Beginn der Investigationen des Völkerbundes überhaupt grundsätzlich entschieden werden wird, dürfte erst nach den Verhandlungen der Pariser Botschafterkonferenz erfolgen, die heute oder morgen stattfinden sollen.

Die Sonntags-Verhandlungen zwischen dem deutschen Außenminister Dr. Stresemann und den Außenministern Englands und Frankreichs haben insofern zu einer formalen Einigung geführt, als die auf der Tagesordnung des Rates stehende Neuernennung des Vorsitzenden der Investigationskommission des Völkerbundes an das Ende der Tagesordnung gesetzt wurde, damit den deutschen Delegierten die Möglichkeit vorbehalten wird, im Anschluß daran die Frage der Abänderung des Investigationsplans von 1924 zur Sprache zu bringen. Anderseits erhält dadurch die Botschafterkonferenz in Paris die notwendige Zeit, um heute und morgen, eventuell auch noch am Mittwoch, die ihr vorliegenden drei Fragen, die Festungen Königsberg, Küstrin und Glogau, Wehrverbände und Ausfuhr von Kriegsmaterial, zu behandeln

Briand steht auf dem Standpunkt, daß überhaupt abschließende Verhandlungen in Genf erst stattfinden können, wenn die Botschafterkonferenz für Geschehen über den Stand der Ausführung der deutschen Entwaffnungsvorschriften abgegeben hat. Er soll aber andererseits dem deutschen Außenminister das Angebot gemacht haben:

1. die Interalliierte Militärkontrolle in Deutschland zu einem sehr nahen Zeitpunkte — man spricht vom 1. Januar — abzuschaffen, vorausgesetzt, daß das Gutachten der Botschafterkonferenz günstig lautet.

2. eine beschleunigte Zurückziehung der Besatzungstruppen in sichere Aussicht gestellt haben. Dafür soll die deutsche Regierung im Völkerbundsrate keinen Einspruch gegen die Inkraftsetzung der Völkerbundsinvestigation nach dem vorliegenden Plane, d. h. mit den „ständigen Elementen" erheben und alle Abänderungsvorschläge, die sie vorzubringen wünscht, bis zum 1. März zurückstellen.

Die französische Regierung will also unter allen Umständen den unmittelbaren Zusammenhang zwischen der Frage der Aufhebung der interalliierten Kontrolle in Deutschland und dem Inkrafttreten der Völkerbundskontrolle aufrechterhalten, und will vermeiden, daß irgendein Zeitpunkt eintreten könnte, wo weder die eine noch die andere Kontrolle existiert. Demgegenüber hat Dr. Stresemann den deutschen Standpunkt aufrechterhalten, daß nach dem Wortlaut und dem Sinne des Art. 213 kein Zusammenhang zwischen beiden Fragen besteht.

Da von französischer Seite so großer Wert darauf gelegt wird, daß keinerlei Unterbrechung zwischen den beiden Kontrollsystemen eintritt, dürfte diese Frage auch in den für heute nachmittag bevorstehenden Besprechungen zwischen Stresemann und dem französischen Außenminister eine große Rolle spielen. Aber besonders wird es natürlich der Investigationsplan des Völkerbundes sein, der die Kosten der Unterhandlungen zu bestreiten haben wird, denn es wird Dr. Stresemann kaum möglich sein, auch nur vorübergehend für drei Monate, d. h. bis zur Märztagung des Völkerbundrates, den Investigationsplan unverändert anzunehmen.

Heute nachmittag wird u. a. eine gemeinsame Konferenz der vier an der Frage der Rheinlandbesetzung interessierten Außenminister stattfinden und zwar werden sich die Minister Briand, Chamberlain, Vandervelde und Dr. Stresemann wahrscheinlich im Salon Chamberlains im Hotel Beau Rivage treffen. Man mißt hier dieser Beratung umso größere Bedeutung bei, als von ihrem Ausgang auch der Gang der Verhandlungen in der Kontrollfrage abhängt.

(Siehe auch dritte Seite)

Stresemanns Partei

*Bei dem Empfang, den der Verein Berliner Presse gestern der Reichsregierung gab, fehlte der Außenminister Dr. Stresemann, der zur selben Stunde in Genf seinen französischen und englischen Kollegen Besuche abstattete. Das Zentrum des politischen Interesses bildet für diese Woche die Stadt des Völkerbunds, und für den schwergeprüften Minister, der in den letzten Tagen gleich dem heiligen Sebastian der Zielpunkt so vieler fernhin treffender Pfeile war, ergibt sich die angenehme Aussicht, für einige Zeit in den Hintergrund zu treten.

Reichskanzler Marx hat gestern in schönen Worten des ersten Reichspräsidenten gedacht und in einer Form, die von einer hohen politischen Kultur zeugte, das Pflichtbewußtsein gefeiert, das Hindenburg entrieb, sich dem deutschen Volk für das erste Amt der Republik zur Verfügung zu stellen. Er hat dann weiter als die Urheber und Träger der Außenpolitik, die Deutschland wieder aufwärts führte, Rathenau und Wirth genannt, deren Arbeit der jetzige Außenminister fortsetze. Diese Feststellung bedeutete nicht nur einen Akt der Dankbarkeit, sondern sie hatte programmatische Bedeutung.

In dem Kampf gegen die Widerstände, die der nationalen Realpolitik aus dem sogenannten „nationalen" Lager bereitet wurden, ist bisher dem agitatorischen Bedürfnis der Deutschen Volkspartei viel zu sehr Rechnung getragen worden, die Außenpolitik Stresemanns, für die seine Partei erst zögernd, solange die Aussichten zweifelhaft, dann begeistert und marktschreierisch eintrat, als etwas ganz anderes, viel patriotischeres hinzustellen, als das, was Wirth und Rathenau betrieben hatten.

Das war und ist eitel Spiegelfechterei. Die politische Ehrlichkeit würde gebieten, daß die Deutsche Volkspartei endlich einmal selbst der Wahrheit die Ehre gäbe. Man hat es ihr bis jetzt allzu leicht gemacht, sich breit an den Tisch des Erfolges zu setzen, ohne irgendwelche Opfer zu bringen. Nicht einmal das offene Bekenntnis zur Republik ist von ihr verlangt worden. Das könnte auf sich beruhen, wenn es sich nur um die Vergangenheit handelte. Aber wie sieht es mit der weiteren Entwicklung in der nächsten Zeit? Ist die Volkspartei wenigstens heute bereit, die Opfer zu bringen, die parteipolitisch notwendig sind, um den Staat nach innen und außen vor neuen Erschütterungen zu sichern und das Werk der Wiederaufrichtung fortzuführen?

Welche Gruppierung verbürgt das Höchstmaß an Stetigkeit und Widerstandskraft gegen Störungen und Hemmungen? Welche Gruppierung vermindert die Gefahr innerer Spannungen und äußerer Verwicklungen? Welche Gruppierung vermittelt die Idee der Volksgemeinschaft in dem Maße, das unter den heutigen Verhältnissen erreichbar ist? Ist es der „Bürgerblock", dessen Führung mit Naturnotwendigkeit in die Hände der Deutschnationalen überging? Der Deutschnationalen, die schon einmal bei der Entscheidung über Locarno gezeigt haben, daß sie nicht aus ihrer Haut heraus können, der Deutschnationalen, die in der inneren Politik über die Weisheit des Reichsverbands zur Bekämpfung der Sozialdemokratie auch heute noch nicht hinausgekommen sind? Oder ist es die „Große Koalition", die Zusammenfassung der zur Mitarbeit bereiten Kräfte aller Schichten, ohne die es keine rationelle Wirtschaft, keine vernünftige Handelspolitik, keine soziale Entspannung gibt? Die Große Koalition, deren Führung ganz von selbst den Anhängern einer wahren Verständigung zufällt? Die Große Koalition, die das Vertrauen zur Republik stärkt, die radikalen Flügel entwaffnet und durch Reformen die gefährliche Ansammlung von Gärungsstoffen vermindert?

Es gibt keinen Kenner der inneren und äußeren Politik, der im Ernst daran zweifeln könnte, daß nur die Große Koalition die Fortführung der Politik sichert, als deren Vertreter Gustav Stresemann heute in Genf steht? Sicherer? Mehr noch, einzig und allein ermöglicht. Wenn ein Zweifel an dieser Tatsache noch erlaubt war, so ist er durch die Veröffentlichungen des „Manchester Guardian" beseitigt worden. Diese Veröffentlichungen, in denen die Zusammenarbeit gewisser Reichswehrstellen mit der Sowjet-Regierung behandelt werden, sind zwar formell dementiert worden. Aus dem „Vorwärts" ergibt sich jedoch, daß politische Kreise, deren Urteilsfähigkeit und Vertrauenswürdigkeit nur von den verstockten Parteigängern „national-bolschewistischer" Gedankengänge bezweifelt werden kann, sie durchaus ernst nehmen. Daß schon der bloße Argwohn solcher Zusammenarbeit die deutsche Außenpolitik erschweren muß, braucht nicht näher ausgeführt zu werden. Gelinge es nicht, ihn zu entkräften, so wäre nicht abzusehen, wie sie erfolgreich weitergeführt werden kann. Die offizielle deutsche Außenpolitik hat gewiß alles getan, um die Politik von Locarno und Thoiry von dem Verdacht zu befreien, daß sie eine Spitze gegen den russischen Nachbarn habe. Sie hat an dem Vertrag von Rapallo festgehalten und in den Tagen von Genf den Vertrag von Berlin perfekt gemacht. Daß sie auf diese Weise den Drohn nach Moskau vor dem Ferrajoris bewahrt hat, war Recht und Pflicht. Jeder loyale Vertragsgegner muß sich damit abfinden. Das [illegible]

Französische Grenzverstärkungen

Die Umgruppierung beendet

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

* **Paris**, 6. Dezember

Die heutige Morgenpresse bestätigt unsere bereits vor drei Wochen gegebene Meldung, daß umfangreiche Truppenverstärkungen nach der französisch-italienischen Grenze geschickt worden sind. Seit etwa 14 Tagen passieren täglich große Transportzüge von Truppen, Munition, Tanks und Geschützen den Bahnhof Nizza in der Richtung nach Menione. Mehrere Regimenter Infanterie und Artillerie und auch ein volles Regiment Tanks seien so zur Verstärkung des Grenzschutzes kommandiert worden.

In einer offiziösen Mitteilung wird diese Truppenkonzentration mit einer besseren Verteilung der Grenzgarnisonen begründet, die dadurch notwendig geworden sei, daß man von den Mitgliedern der Verschwörung Macia-Garibaldi eine Beunruhigung in der französischen Riviera befürchtet habe. Die Truppenverschiebungen seien im übrigen jetzt beendet. Der Senator Soulie hat eine Interpellation eingebracht, worin er die Regierung auffordert, die öffentliche Meinung über Zweck und Ziel der Truppenverschiebungen an der italienischen Grenze aufzuklären.

Bezeichnend für den vorsichtigen Stil der französischen Blätter ist die Form, in der der „Temps" seinen Lesern schreibt: „Die Truppenbewegungen von denen in den letzten Tagen gemeldet wurde, und die bezweckten, in einer vorsichtigen Form die militärischen und Gendarmeriebestände der Grenzen umzugruppieren, sind jetzt beendet. Diese Maßnahmen bezweckten nur allen Dingen, die Wintergäste der Azurküste gegen die Bewegungen zu schützen, die in gewissen Kreisen von ausländischen Elementen hätten hervorgerufen werden können und von denen die Affären Macia-Garibaldi und die Zwischenfälle von Ventimiglia Episoden waren. In der ganzen Region herrscht übrigens völlige Ruhe."

Italienisch-jugoslawischer Zwischenfall

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

* **Belgrad**, 6. Dezember

„Politica" erfährt aus Spalato, daß in Zara der Kurier des jugoslawischen Konsulates in Zara, als er an Schiff dort eingetroffen war, von Carabinieri angehalten wurde, die sein diplomatisches Gepäck durchsuchten und die diplomatische amtliche Post, obwohl sie mit dem Siegel des jugoslawischen Außenministeriums versehen war, konfiszierten. Der jugoslawische Konsul in Zara, Petrowitsch, legte bei den dortigen Behörden schärfsten Protest ein, doch wurde ihm zur Antwort gegeben, die Carabinieri hätten „auf höheren Befehl" gehandelt. „Politica" richtet im Zusammenhang mit diesem Bericht scharfe Angriffe gegen Italien und schreibt das Vorgehen der Lokalbehörden von Zara sei wahrscheinlich die Folge einer aus Rom erhaltenen Weisung.